

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/189

3. Oktober 1974

Eine Entscheidung für Europa

Haltung der Bundesregierung in der Agrarpolitik
stärkte die Gemeinschaft

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Staatsminister im Auswärtigen Amt und Mitglied des
Vorstandes der SPD

Seite 1 und 2 / 46 Zeilen

Medienpolitik im CDU-Stil

Unionspapier "Mitbestimmung in Hörfunk und Fernsehen"
Dokument der Verlegenheit

Von Johannes Rau
Minister für Wissenschaft und Forschung von Nordrhein-
Westfalen und Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 3 und 4 / 58 Zeilen

Wohin steuert die DDR?

Zum 25jährigen Bestehen des zweiten deutschen Staates

Von Prof. Dr. Peter Christian Ludz
Vorstand des Lehrstuhles für politische Wissenschaften
an der Universität München und Leiter der wissenschaft-
lichen Kommission zur Erstellung der "Materialien zum
Bericht zur Lage der Nation"

Seite 5 und 6 / 88 Zeilen

Auch heute noch ein unbequemer Mahner

Der Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky und
die "Roten Ratten"

Von Uwe-Karsten Heye
Stellv. Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 7 / 25 Zeilen

Europa lebt ...

Endlich Angleichung der Rechtsvorschriften über die
Bremsanlagen von Zugmaschinen auf Rädern

Von Lothar Wrede MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr

Seite 8 / 39 Zeilen

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 40 37 - 38
Telefax: 09 88 846 - 48 ppbn d

Eine Entscheidung für Europa

Haltung der Bundesregierung in der Agrarpolitik stärkte die Gemeinschaft

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB

Staatsminister im Auswärtigen Amt und Mitglied des Vorstandes der SPD

Die Entscheidung des Bundeskabinetts vom 25. September 1974 hat bei allen unseren acht Partnern in der Europäischen Gemeinschaft Verständnis gefunden. Im Rat der am 2. Oktober vereint tagenden Außen- und Landwirtschaftsminister gab es deshalb im Rahmen einer sachlichen Diskussion breite Zustimmung für unsere Position und eine Entscheidung, die nicht nur dem Kabinettsbeschluß, sondern den Interessen der Gemeinschaft insgesamt gerecht wird.

Der Beschluß des Rates besteht im wesentlichen aus folgenden drei Punkten:

1/ Bei der Festsetzung der Preise für landwirtschaftliche Güter für das Wirtschaftsjahr 1975/76 muß nicht nur die jetzt zum 6. Oktober 1974 beschlossene Preiserhöhung für Agrarprodukte von 5 vH einbezogen werden, sondern die Kommission hat bei den zukünftigen Preisvorschlägen neben der Frage der Produktionskosten auch die Marktsituation und die allgemeine wirtschaftliche Situation zu berücksichtigen. Das heißt, daß auch das Bemühen, die inflationäre Entwicklung innerhalb der Gemeinschaft zu bekämpfen, bei zukünftigen Preisangleichungen berücksichtigt werden muß.

2/ Vertragswidrige nationale Beihilfen für die Landwirtschaft, wie sie in letzter Zeit in mehreren Mitgliedsländern üblich waren, sind nach

den Beschlüssen des Rates nicht mehr möglich. Die gegen bestehende nationale Beihilfen eingeleiteten Maßnahmen der Kommission nach § 93 Abs. 2 des EG-Vertrages werden zügig fortgesetzt. Damit hat die Gemeinschaft einen entscheidenden Schritt getan, um zur Vertragstreue zurückzufinden.

3/ Die lange geforderte Bestandsaufnahme für die gemeinsame Agrarpolitik wird sofort in Angriff genommen. Dabei wird die Kommission die Vorstellungen der Mitgliedsländer berücksichtigen und die von Ihnen vorgeschlagenen Sachverständigen zur Mitarbeit hinzuziehen. Nach Abschluß der Bestandsaufnahme werden Rat, Kommission und Europäisches Parlament die notwendigen Konsequenzen ziehen, um dort Reformen einzuleiten, wo sie sich als notwendig erweisen.

Unser berechtigtes und jetzt auch erfolgreiches Bemühen um kritische Bestandsaufnahme und Reform des gemeinsamen Agrarmarkts soll nicht die vertragliche Grundlage der Gemeinschaft infrage stellen: Im Gegenteil, die im Vertrag vorgesehene Stabilisierung der Märkte, die Sicherstellung der Versorgung und die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen müssen im Vordergrund stehen. Bestandsaufnahme bedeutet für uns auch nicht das, was anderenorts als "Neuverhandlung" bezeichnet wird.

Die Kommission hat für die zukünftige Entwicklung der Gemeinschaft eine wichtige Aufgabe übernommen und hat von allen Ratsmitgliedern noch einmal bestätigt bekommen, daß sie in der Frage der Einhaltung der Verträge ganz besondere Verantwortung trägt. Die Haltung der Bundesregierung hat dazu geführt, die Position der Kommission zu stärken. Dies ist ein Beweis dafür, welche Bedeutung wir, die Bundesrepublik, der Arbeit der Kommission beimessen. Für die europäische Entwicklung ist der 2. Oktober 1974 ein wichtiger Tag. Die Beschlüsse des Kabinetts vom 25. September 1974 haben ihre volle Rechtfertigung gefunden.

(-/3.10.1974/ks/pr)

+ + +

Medienpolitik im CDU-Stil

Unionspapier "Mitbestimmung in Hörfunk und Fernsehen" Dokument der Verlegenheit

Von Johannes Rau

Minister für Wissenschaft und Forschung von Nordrhein-Westfalen
und Mitglied des Vorstandes der SPD

Die CDU/CSU tut sich schwer, was auch nur ein paar verbindliche Äußerungen zu Rundfunk und Fernsehen angeht. Als sie weiland ein Medienpapier erarbeitet hatte, mußte es erst lange in der Schublade bleiben, um dann mit einiger Verlegenheit als noch nicht ausdiskutiertes Papier zu den Akten gelegt zu werden. Mit dem Medienparteitag Ende Mai dieses Jahres war es nicht viel besser: Biedermännische Versuche, die eigene Praxis teils zu rechtfertigen, teils mit einer "theoretischen" Grundlage zu versehen. Von einem Konzept war auch da nichts zu spüren. Weil die CSU es ihrer größeren Schwesterpartei offenbar zu schwer macht, in der Medienpolitik zu halbwegs vernünftigen Aussagen zu kommen, haben wir es in diesen Tagen mit einem Papier zu tun, das von einer Arbeitsgruppe der CDU erstellt und vom Präsidium der CDU gutgeheißen wurde. Es geht um "Mitbestimmung in Hörfunk und Fernsehen".

Das Papier selbst bietet nicht viel Neues. Zum Teil wiederholt es - nach einer hochtrabenden Präambel - die bekannten Positionen der Unionsparteien (beispielsweise, daß am Intendanten-Prinzip nicht zu rütteln ist), zum anderen Teil hängt es sich mit erkennbarer Mühe an Demokratisierungsüberlegungen an, die von den Redakteuren der Rundfunkanstalten, den Gewerkschaften und der SPD seit längerem diskutiert worden sind. Immerhin ist nun auch die CDU der Meinung, daß hierarchische Entscheidungen erörtert und begründet werden müssen.

Um noch ein Wort zu dem Papier selbst zu sagen: Der hier vertretene Pluralismus-Gedanke, wonach jede Sendung ein breites Meinungsspektrum bieten

muß, ist viel zu undifferenziert. Natürlich darf der Rundfunk nicht zur Plattform von Agitationajournalismus werden, doch was ist mit den Bereichen, in denen klares Engagement gefordert wird, um überhaupt etwas zu bewirken, mit Bereichen, in denen auch vorhandene Gegenmeinungen belanglos oder nicht akzeptabel sind (muß wirklich auch eine Sendung über die Todesstrafe gleichrangig die Befürworter zu Wort kommen lassen?).

Besonders ärgerlich sind das Pathos und die aufgebotenen Demokratieformeln, wenn man sie mit der rundfunkpolitischen Wirklichkeit der CDU vergleicht. Dies war schon beim Medienparteitag der CDU/CSU so, daß die vielfachen Redefiguren von freien Medien, freien Bürgern und einer freien Gesellschaft im Vergleich mit der Praxis sich eher komisch ausmachten. Sieht man sich an, wie beim Norddeutschen Rundfunk die CDU vorsätzlich den Verwaltungsrat sprengt, nur um Peter Merseburger am Zeuge zu flicken, sieht man die trickreiche Show, die sich Franz-Josef Strauß jüngst in der Südwestfunk-Sendung "Der heiße Draht" kurz vor der Landtagswahl verschafft hat, so wirkt manches in der jüngsten CDU-Veröffentlichung kurios. Was muß - nicht nur - die Panorama-Redaktion von dem Satz halten: "Die Mitarbeiter müssen gegenüber Druck von außen geschützt werden"?

Ein Detail, das man ohne allzu viel Spott überlegen sollte: Obwohl das neue Mitbestimmungspapier schon vor dem Münchner Medienparteitag der CDU/CSU verabschiedet war, stand es in München nicht zur Debatte. War es vielleicht für die CSU zu "progressiv"? (-/3.10.1974/ks/pr)

+ + +

Wohin steuert die DDR?

Zum 25jährigen Bestehen des zweiten deutschen Staates

Von Prof. Dr. Peter Christian Ludz

Vorstand des Lehrstuhles für politische Wissenschaften

an der Universität München und Leiter der wissenschaftlichen

Kommission zur Erstellung der "Materialien zum Bericht zur Lage der Nation"

In diesen Tagen, in denen die DDR ihren 25jährigen Geburtstag feiert, erscheint es sinnvoll, einen Blick nach rückwärts und nach vorwärts zu werfen und zu fragen: Was waren und was sind die politischen Zielsetzungen der SED-Führung? Bei solchen Betrachtungen wird deutlich, daß sich in dem Maße, in dem die DDR die internationale Szene betreten hat, die Schwerpunkte verlagert haben. So ist die Außenpolitik nicht mehr, wie lange Jahre, in ihrem Kern ausschließlich Deutschlandpolitik - wenn der DDR-Führung auch bewußt sein dürfte, daß es langfristig politisch darum geht, welches System sich in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung in Deutschland als das anpassungsfähigere, das innovativere, das sozial gerechtere und damit als das stärkere erweist.

Als Folge des internationalen Durchbruchs sind erhebliche Wandlungen in der DDR-Außenpolitik erkennbar geworden. Zunächst: Die DDR ist heute in erster Linie daran interessiert, ihre bilateralen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu den hochentwickelten westlichen Industriestaaten, einschließlich Japans, auszubauen. Dagegen hat das für die Vergangenheit zu beobachtende Interesse am Ausbau der diplomatischen Beziehungen zu einer Reihe von Dritt- und Entwicklungsländern deutlich abgenommen.

Weiterhin: Die DDR nutzt heute wichtige internationale Konferenzen wie die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), um ihre Auffassung von der deutschen Frage: die These von den zwei Nationen und zwei Staaten und vom Nichtbestehen besonderer Beziehungen zwischen ihnen, zu multilateralisieren. Denn nur indem sie die Abgrenzung zur Bundesrepublik auf die europäische Ebene bringt, kann sie auf eine völkerrechtliche Anerkennung der Grenze in Deutschland hoffen. Schließlich zeigt sich, daß die DDR heute - im Gegensatz zur Vergangenheit, wo diese Möglichkeit gar nicht bestand - ihre außenpolitische Aktivität auf die Mitarbeit in den Vereinten Nationen und einige ihrer Unterorganisationen konzentriert. Hier sind besonders zu nennen: die Europäische Wirtschaftskommission (ECE), die UNESCO, die Welthandelskonferenz (UNCTAD) und die UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO).

Diese Zielsetzungen verdeutlichen den starken Wandel in der außenpolitischen Orientierung der DDR. Die damit eingeleitete Grundrichtung wird, wenn nicht alles täuscht, anhalten. Von dieser Entwicklung ist die Deutschlandpolitik in ihren Inhalten relativ wenig beeinflusst. Sie ist nach wie vor von der politisch-ideologischen Abgrenzung zur Bundesrepublik sowie einer im Kern unveränderten Berlin-Politik bestimmt. Parallel laufen das Bemühen, die Wirtschaftsbeziehungen zur Bundesrepublik aufrechtzuerhalten,

ja zu verbessern - und die Tendenz, insofern "besondere" Beziehungen zum anderen deutschen Staat zu akzeptieren.

Demgegenüber wird in der blockpolitischen Ausrichtung der DDR ein ebenfalls beachtlicher Wandel deutlich. Während Walter Ulbricht insbesondere in seiner Spätphase, in den sechziger Jahren, den DDR-Sozialismus als ein Modell für den gesamten Ostblock begriffen sehen wollte; während es für ihn eine deutliche Zäsur zwischen der - langdauernden - Phase des Sozialismus und der noch weit entfernten des Kommunismus gab, hat Honecker Ulbrichts Anspruch und die ideologischen Differenzierungen zumindest explizite aufgegeben. Er hat ein zu Ulbrichts Zeit aus der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abgeleitetes Selbstbewußtsein des DDR-Staates in der Blockpolitik und im Verhältnis zur Sowjetunion weniger zur Geltung gebracht als sein Vorgänger. Mit der Doktrin von der "entwickelten sozialistischen Gesellschaft" hat er auch den Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus eingeebnet.

Trotz solcher bemerkenswerten Unterschiede zwischen der Ulbricht- und der Honecker-Phase der Entwicklung in der DDR gibt es auch vergleichbare Merkmale: Honecker ist wie Ulbricht bestrebt, den Lebensstandard der DDR-Bevölkerung stetig weiter zu erhöhen und auf diesem Feld die führende Position im Ostblock zu behalten. Honecker ist, wie Ulbricht, stark daran interessiert, daß die DDR die wissenschaftlich-technische wie die wirtschaftliche Modernisierungsspitze im Ostblock hält. Modernisierung ist dabei vor allem zu verstehen als ständige Effizienzsteigerung der wirtschaftlichen Leistungskraft, als Versuch, die vielfältigen Informations- und Kommunikationsprobleme in dieser Gesellschaft zu lösen und die Schwerfälligkeit der bürokratischen Apparate aufzulockern.

Neben den außen- und blockpolitischen Zielsetzungen stehen die innenpolitischen. Auch hier lassen sich seit dem Machtantritt Honeckers, einige Akzentverschiebungen erkennen. Mehr und mehr bestimmt die politische Strategie der SED alle Lebensbereiche; dementsprechend nimmt der gesellschaftspolitische Einfluß der Partei bei der Gestaltung der sogenannten "entwickelten sozialistischen Gesellschaft" deutlich zu. Nun hat es dieses Bestreben der Parteiführung immer gegeben - allerdings mit erheblichen Unterschieden im Grad der politisch durchgesetzten Einflußnahme. So trat z.B. der unmittelbare Druck der SED auf die Bevölkerung in den ersten Jahren des "neuen ökonomischen Systems" - 1963/64 - deutlich zurück.

Nach wie vor versucht die SED-Führung jedoch, die Identifizierung der DDR-Bevölkerung mit ihrem Staat zu erreichen; sie tut dies gegenwärtig - im Unterschied zur Zeit Ulbrichts - mit mehr Sensibilität, mit größerer Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Menschen. Angesichts der zunehmenden internationalen Etablierung und eines, wenn auch bescheidenen Wohlstandes in ihrem Lande kann sie sich offenbar eine solche Haltung leisten. Über die fehlende Legitimation ihrer eigenen Herrschaft täuscht sie damit zwar nicht hinweg; aber sie erleichtert dem einzelnen Bürger die Identifizierung. Freilich stößt sich solche Politik an dem bei allen kommunistischen Parteiführungen in extremer Weise vorhandenen, aus ihrer Isolierung erwachsenden Mißtrauen gegenüber der Bevölkerung. So wird - nach wie vor - der gesellschaftspolitische Kurs der SED von den Grundsätzen einer Zuckerbrot-Peitschen-Strategie nicht abweichen können. (-/3.10.1974/bgy/or)

+ + +

Auch heute noch ein unbequemer Mahner

Der Friedensnobelpreisträger Carl von Ossietzky und die "Roten Ratten"

Von Uwe-Karsten Heye

Stellv. Sprecher des Vorstandes der SPD

Carl von Ossietzky, Friedensnobelpreisträger, Publizist, Schriftsteller, militanter Pazifist, wäre am 3. Oktober 1974 85 Jahre alt geworden. Ossietzkys Lebensweg, sein unbeugsames Bekenntnis zum Frieden, das er aufrecht hielt, als sich das faschistische Deutschland anschickte, die Welt aus den Angeln zu heben, sind mehr wert, als nur in Erinnerung genommen zu werden. Eher ein Anlaß, das journalistische Umland der siebziger Jahre inhaltlich aufzuarbeiten und dies gewiß nicht nur, um in einer an Vorbildern angeblich armen Epoche Ossietzky-Büsten in manche Redaktionsstube zu verfrachten.

So sehr auch immer versucht wurde, Ossietzky zum Standbild erstarren zu lassen, Merkposten, wenn es darum geht, sich des allfälligen am 20. Juni eines jeden Jahres wiederkehrenden Zwanges auf mehr oder weniger gelungene Geschichtsbewältigung zu entledigen, bleibt der merkwürdige Eindruck; Leben und Wirken dieses großen Journalisten ist für die, die sich seiner bemächtigen, noch immer unbequem und wenig handlich.

Ossietzkys Bild wird auch heute noch verschattet von der erfolgreichen Verdunkelung, die ihm die nazistische Propaganda verabreichte. Die deutsche Publizistik ist ihm bislang jedenfalls noch nicht gerecht geworden. Und sei es nur, daß sie sich gemeinsam wehrt, wenn sie sich zur Wiedergabe eines Vokabulars verpflichtet meint, das ohne Abstriche dem faschistischen Sprachmilieu zuzurechnen ist. Dazu gehört auch der in vielen Zeitungen nachzulesende Satz von den "Roten Ratten", die in ihre Löcher zurückgetrieben werden müßten. Franz Josef Strauß, der diesen Satz vor dem Hintergrund deutscher Geschichte herausschrie und die, die ihn unbekümmert abdruckten, haben mit Carl von Ossietzky nichts gemein. Gewiß nicht.

(-/3.10.1974/bgy/pr)

+ + +

Europa lebt ...

Endlich Angleichung der Rechtsvorschriften über die
Bremsanlagen von Zugmaschinen auf Rädern

Von Lothar Wrede MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Verkehr

Millionen von Bürgern in den EG-Staaten können aufatmen. Eine EG-Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften über die Bremsanlagen von "luftbereiften Zugmaschinen mit zwei Achsen und einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit zwischen sechs und nicht mehr als 25 km/h" bringt endlich Klarheit in einem Bereich, der bisher sträflich vernachlässigt wurde. Um die Bedeutung dieser Vorschrift deutlich zu machen, nachfolgende Kostprobe:

Endlich wissen wir, daß "Zugmaschinentypen hinsichtlich der Bremsanlage" Zugmaschinen sind, "die untereinander keine wesentlichen Unterschiede aufweisen". Wichtig ist ferner, daß jetzt klar ist, daß eine "Bremsanlage" die "Gesamtheit der Teile" ist, "deren Aufgabe es ist, die Geschwindigkeit einer fahrenden Zugmaschine zu verringern oder sie zum Stillstand zu bringen oder sie im Stillstand zu halten, wenn sie bereits hält". Wichtig ist ebenfalls zu wissen, daß zu dieser Bremsanlage "Betätigungseinrichtung", "Übertragungseinrichtung" und eigentliche Bremse gehören. Damit auch hier endlich Klarheit herrscht, wird "Bremse" als die Einrichtung abgegrenzt, "in der die sich der Bewegung der Zugmaschine entgegengesetzten Kräfte erzeugt werden". Die "Betätigungseinrichtung" wird als Teil definiert, "den der Führer unmittelbar betätigt, um die zur Bremsung erforderliche Energie zu steuern oder auf die Übertragungseinrichtung aufzubringen". "Übertragungseinrichtung" ist dann logischerweise "die Gesamtheit der Teile, die zwischen der Betätigungseinrichtung und der Bremse angeordnet sind und diese miteinander verbinden".

Insbesondere ist es dem Richtlinienvorschlag zu verdanken, daß wir endlich wissen, daß "verschiedenartige Bremsanlagen" Bremsanlagen sind, "die untereinander grundlegende Unterschiede aufweisen". Zweifelnde können der gleichen Drucksache auch entnehmen, daß "Teil einer Bremsanlage einer der Teile" ist, "die zusammen die vollständige Bremsanlage bilden". Wenn bisher noch Unklarheiten über eine "leere Zugmaschine" herrschten, so wissen wir nun endlich, daß dies eine "betriebsbereite Zugmaschine mit vollen Kraftstoffbehältern und Kühlern, mit einem Fahrer von 75 kg Gewicht, ohne Beifahrer, ohne Zusatzeinrichtungen und ohne Beladung" ist und daß das "Leergewicht das Gewicht der leeren Zugmaschine" darstellt.

Wer noch weitere Unklarheiten beseitigen möchte, sei auf die Anhänge 2, 3, 4 und 5 der gleichen Richtlinie verwiesen. Er wird dann sicherlich dem Richtlinienvorschlag zustimmen können. Ich gehe davon aus, daß dieser Richtlinie bald ein Vorschlag zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bremsanlagen von land- oder forstwirtschaftlichen Zugmaschinen folgt, die nicht luftbereift sind.

(-/3.10.1974/bgy/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller